

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der ADBB. für den Achtstundentag. Für ein Notgesetz. - Gegen Ueberstunden.

Der Bundesausschuss beschäftigte sich an beiden Sitzungstagen mit der Arbeitszeitfrage. Genosse Leipart leitete die Aussprache ein. Angesichts der hohen Zahl der Arbeitslosen sei die Ueberstundenarbeit, sofern sie nicht infolge besonderer Umstände unumgänglich sei, besonders verwerflich. Die Bekämpfung der Ueberstunden schließe in sich die Forderung, daß der Achtstundentag nicht überschritten wird. Es sollen in Zukunft nur dann Abweichungen vom Achtstundentag zugelassen werden, wenn dringende Notfälle vorliegen oder wenn Ueberstunden zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind. Die Feststellung eines Arbeitszeitgesetzes können die Gewerkschaften nicht abwarten. Sie müssen daher, um der dringenden Not der Arbeitslosen so schnell wie möglich zu begegnen, ein Notgesetz fordern. Aber auch die Verabschiedung eines solchen erfordert Zeit, weshalb sich der Bundesausschuss auch an die Verbände wenden muß, damit sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der

Häufung der Ueberstunden entgegenzutreten. Der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand, Spliedt, der Leiparts Ausführungen ergänzte, legte dar, daß in den letzten Monaten keine zu irgendwelchen Hoffnungen berechtigende Verringerung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Voraussagen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes lassen sich zwar nicht einmal für die nächste Zukunft machen, aber es liegen zahlreiche Gründe für eine sehr ernsthafte Beurteilung der Lage und damit genügend Gründe zur Durchführung schnell wirkender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Da der Widerstand der Arbeitgeber gegen die baldige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes groß ist, ist es notwendig, die deutsche Gesetzgebung jetzt sofort zu einer

Teilregelung der Arbeitszeitfrage durch ein Notgesetz zu drängen, das eine den Forderungen der Gewerkschaften entsprechende Regelung in den entscheidenden Punkten vorwegnehmen soll.

In der sehr eingehenden Debatte wandten sich die Redner verschiedener Verbände vor allen Dingen gegen den Mißbrauch, der mit dem Begriff Arbeitsbereitschaft in einer Reihe von Berufen des Verkehrsgewerbes, in der kraftzerzeugenden Industrie, sowie im Gasthaus- und Friseurgewerbe getrieben wird. Die in der Entschliebung aufgestellten Forderungen sollen durch entsprechende Bestimmungen der geltenden Arbeitszeitverordnung verwirklicht werden.

Der Bundesausschuss faßte einstimmig folgende Entschliebung:

1. Als Folgeerscheinung der völlig verfehlten und von den Gewerkschaften bekämpften geltenden Arbeitszeitregelung haben wir heute eine teilweise unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit und ein unerträgliches Ueberstundenwesen, während zugleich etwa zwei Millionen Menschen die Möglichkeit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht finden können und statt dessen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Dieser furchtbare Zustand, der bei weiterem Fortbestehen der geltenden Arbeitszeitverordnung chronisch zu werden droht, hat mit Recht Empörung und Unwillen unter Arbeitslosen wie Arbeitenden hervorgerufen.

Es ergibt sich daher die zwingende Forderung, eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit dadurch herbeizuführen, daß die regelmäßige Arbeitszeit sofort auf das von den Gewerkschaften auch aus vielen anderen Gründen stets geforderte Höchstmaß von acht Stunden täglich zurückgeführt wird.

Die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten ist auch im Reichsarbeitsministerium bereits insofern anerkannt worden, als im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung von dort Ueberstunden als unerwünscht bezeichnet wurden. Um so mehr muß energischer Protest dagegen erhoben werden, daß bis in die jüngste Zeit noch Schiedsprüche gefällt und sogar für verbindlich erklärt worden sind, die den Arbeitern eine längere als achtstündige Arbeitszeit aufnötigen.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist es für die Gewerkschaften unerträglich, eine den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende vernünftige Arbeitszeitregelung von dem zweifelhaften Ausgang der Beratung eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes abhängig zu machen. Der Bundesausschuss fordert daher eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achtstundentag wieder herstellt.

2. Angesichts der großen und langdauernden Arbeitslosigkeit ist es nicht zu verantworten, daß trotzdem in vielen Betrieben die reguläre Arbeitszeit noch durch Mehr- und Ueberstunden verlängert wird. Der Bundesausschuss verpflichtet deshalb alle Verbände, diesem Unwesen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzuwirken. Er fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, durch die Unterstützung dieser Bemühungen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitsbrüdern zu üben.

Hirtsfiefers Aufruf.

Schafft Mittel für den Wohnungsbau!

Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsfiefer hat in diesen Tagen durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst einen Aufruf zur Finanzierung des Wohnungsbaues veröffentlicht, der zwar ausdrücklich als Privatarbeit bezeichnet worden ist, der aber doch die weiteste Beachtung verdient. Hirtsfiefer geht von der unbefreitbaren Tatsache aus, daß die ungeheure Wohnungsnot in Deutschland bisher noch nicht hat vermindert werden können. Hirtsfiefer stützt sich dabei auf die durch zahllose Erhebungen von den verschiedensten Seiten gemachte Feststellung, daß allein für das Gebiet des Freistaates Preußen für die nächsten Jahre ein jährlicher Neubedarf von rund 200 000 Wohnungen entsteht. Er berechnet dabei 120 000 Wohnungen für neue Haushaltungen, die jährlich gegründet werden, 50 000 Wohnungen für die allmähliche Abdeckung des einmaligen Fehlbestands an Wohnungen, der durch das mehr als zehnjährige Erlahmen der Wohnungsbautätigkeit während und nach dem Kriege entstanden ist und 30 000 Wohnungen als Ersatz für den natürlichem Abgang von Altwohnungen. Diese Zahlen Hirtsfiefers sind in keiner Weise übertrieben, sie halten sich vielmehr an der unteren Grenze der durchschnittlichen Schätzungen.

Hirtsfiefer stellt fest, daß zur Finanzierung eines solchen Wohnungsbauprogramms die Hauszinssteuer für Neubauzwecke, die heute in Preußen 20 Proz. beträgt, auf 50 Proz. der Friedensmiete gesteigert werden müßte. Das würde eine Steigerung der jezt durchschnittlich 105 Proz. der Friedensmiete betragenden Wohnungsmieten in Altwohnungen um weitere 50 Proz. bedeuten. Eine solche starke Steigerung der Wohnungsmieten in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Depression bei dadurch geschwächter Widerstandskraft der Arbeiterschaft muß selbstverständlich die aller schwersten Bedenken auslösen. Hirtsfiefer ist sich dessen auch bewußt. Er sucht diese Bedenken von vornherein dadurch zu entkräften, daß er auf die außerordentlich wirtschaftsfördernde Wirkung einer solchen Steigerung des Wohnungsbaus hinweist. Es wird dadurch selbstverständlich an Arbeitslosenunterstützung vieles erspart werden, unendlich viel Elend gemildert und vor allen Dingen endlich einmal eine unbedingt notwendige Leistung mit Energie und Zielbewußtsein angepackt.

Alle diese Argumente Hirtsfiefers sind zweifellos zutreffend. Sie lassen sich über die in seinem Aufruf hinaus angeführten Gründe noch um sehr viele weitere vermehren. Die Zusammenballung der Industriearbeiterschaft in den skandalösen Elendsquartieren der wild- und planlos in der Vorkriegszeit unter der Herrschaft des Dreiklassenprivilegs der Hausbesitzer entstandenen Großstädte ist einer der schwersten sozialen Schäden. Heute schon kostet die Bekämpfung der dadurch hervorgerufenen hygienischen und sozialpolitischen Mängel der Deffektivität Hunderte von Millionen. Die Mietkaserne des Dreiklassenwahrechts ist ein Schandfleck der hemmungslosen Entwicklung der Vorkriegszeit. Die Ueberwindung dieser Zustände durch moderne Neubauten auf Grund moderner städtebaulicher Anschauungen würde für die Arbeiterschaft einen ungeheuren Fortschritt bedeuten und an sich könnte kein Opfer zu hoch sein, um dieses Ziel so schnell als möglich zu erreichen. Die nicht ernst zu nehmenden Phrasen auf Haus- und Grundbesitzertagungen können niemanden darüber hinwegtäuschen, daß nur durch staatliche und gemeindliche Arbeiten unter einem neuen Städtebaugesetz, unter neuen Bauordnungen und einem erweiterten Enteignungsrecht auch für Wohnbauzwecke mit öffentlichen Mitteln planmäßige und wertvolle Arbeit auf diesem Gebiet geleistet werden kann. Wir sind in Deutschland in diesen Fragen immer noch viel mancherleider und viel mehr in alten liberalistischen Vorurteilen befangen als in den klassischen Ländern des Manchestertums, wo man längst zu planmäßiger staatlicher Regelung dieser Probleme übergegangen ist. Man wird sich von den primitiven Redensarten der Agitatoren einer sogenannten freien Wohnungswirtschaft schließlich aber auch in Deutschland frei machen müssen, weil der Druck der Tatsachen stärker ist, als die Doktrinen einzelner stumpfsinnig egoistischer Gruppen.

Die Schwierigkeit der Hirtsfieferschen Vorschläge liegen deshalb nicht in seinem positiven Wohnungsbauprogramm, sondern in seinen Vorschlägen zur Finanzierung. Wir leben in Deutschland gemeinhin im Zeitalter des Steuerabbaus. Der geschäftige Reichsfinanzminister verkündet alle paar Wochen eine neue Abbauktion. Unter seinem Regime sind Hunderte von Millionen „der Wirtschaft“ an Steuern erlassen worden.

Da wird man nicht gut in gleichem Atemzuge eine neuerliche steuerliche Belastung der breiten Massen durch dreißigprozentige Steigerung der Mieten verlangen können. Es wirft sich vielmehr gerade in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob die dauernden Abbauktionen Reinholds zuehmäßig gewesen sind. Die Theorie, daß diese Steuerabbaumaßnahmen die Wirtschaft belebt hätten, ist zwar auf industriellen Tagungen außerordentlich populär, sie ist deswegen aber noch keineswegs richtig. Hätte nicht Dr. Reinhold viel besser getan, den Steuerabbau zunächst auf die Hauszinssteuer zu erstrecken, soweit sie für Finanzzwecke auf Grund der dritten Steuernverordnung verwandt wird? Wenn der hierfür bestimmte Prozentsatz vermindert und im gleichen Zuge der Prozentsatz für

Vor dem Rücktritt Severings.

Entscheidung in sehr naher Frist.

Genosse Severing, dessen Gesundheitszustand seit langem außerordentlich schlecht ist, hat mit großer Mühe noch die Anstrengungen der Polizeiausstellung auf sich genommen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß Genosse Severing in sehr naher Frist die Lasten des Amtes nicht mehr wird auf sich nehmen können.

Eine endgültige Entscheidung ist noch heute zu erwarten. Eine solche Entscheidung hat mit den Gerüchten der Absicht einer Aenderung der Regierungskoalition in Preußen nicht das mindeste zu tun.

Neuer Befahrungszwischenfall.

Eiferjuchtsattentat oder politischer Anschlag?

Paris, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Neustadt a. d. Harde kam es zu einem neuen, aufsehenerregenden Zwischenfall. Ein französischer Unteroffizier war in eine Gastwirtschaft eingetreten, in der sich sonst nur Deutsche befanden, und setzte sich an einen Tisch zu einem ihm von früher her bekannten Deutschen. Dieser zeigte ihm einen Dolch und erklärte, damit wolle er seine Frau ermorden. Blötzlich habe er dem Unteroffizier den Kopf zurückgerissen und den Hals durchgeschnitten. Dann suchte der Täter auf einem Motorrad das Weite.

Dieser neue Zwischenfall hat in Paris eine ziemlich starke Erregung ausgelöst, obwohl sich die Presse in ihren Kommentierungen eines sehr ruhigen Tones befleißigt. Nach den ersten Meldungen hatte man den Eindruck, daß es sich um ein Eiferjuchtsattentat handeln könne. Sehr neigt man in Paris mehr dazu, dem Zwischenfall politische Bedeutung beizumessen und ihn als Antwort auf die Vorgänge in Germersheim zu werten. Eine Begründung dafür sucht man in dem Umstand, daß in Neustadt eine nationalistische Feier stattgefunden habe, durch die in der ganzen Stadt eine starke Aufregung hervorgerufen worden sei. Der amtliche Bericht des Oberkommandierenden der Rheinarmee an das Kriegsministerium erklärt, der französische Unteroffizier sei, ohne sich irgendeiner Provokation schuldig gemacht zu haben, von dem Deutschen sehr schwer verletzt worden. Bei dem Täter soll es sich um einen deutschen Reserveoffizier namens Ehrhard aus Lamprecht handeln. Die deutsche Polizei hat sich den französischen Militärbehörden sofort zur Verfügung gestellt und auch bereits die Persönlichkeit des Täters feststellen können.

Der Oberkommandierende, General Guillaumat, hat dem Kriegsminister nun mitgeteilt, daß er im Einverständnis mit dem französischen Oberkommissar den Militäranwalt am Kriegsgericht in

Landau aufgefordert habe, die leitenden deutschen Polizeibeamten in der Untersuchung der Zwischenfälle in Germersheim und Landau als Zeugen zu vernehmen. Es sei dies die einzig mögliche Form einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Untersuchung. Der deutsche Reichskommissar für die besetzten Gebiete habe sich mit diesem Verfahren einverstanden erklärt.

Die Tat eines angetrunkenen Psychopathen.

Neustadt, 5. Oktober. (W.B.) Von zuständiger Stelle erfahren wir über den Vorfall in Neustadt a. H. folgendes: In der Nacht vom Sonntag auf Montag trat in einer Wirtschaft ein Deutscher namens Krauter zwischen zwei Franzosen, von denen der eine in Zivil, der andere in Uniform war. Es entspann sich zwischen den dreien eine lebhafteste Unterhaltung, die teilweise sehr kollegiale Formen annahm. Der Deutsche, der im Kriege einen Kopfschuss erlitten hat, und seitdem für Alkohol sehr empfänglich ist, war angetrunken. Blötzlich stand der französische Sergeant auf und sagte, er sei in die Brust gestochen worden. Wie der Franzose zu dem Stich gekommen ist, ist noch ungeklärt, da ein Messer überhaupt nicht gesehen wurde. Die beiden Franzosen verließen darauf das Lokal, jedoch kehrte der eine, der Zivilkleidung getragen hatte, nach ungefähr einer halben Stunde wieder zurück und sagte, man solle kein Aufhebens von der Sache machen, der Gestochene hätte auch nicht die Absicht, den Zwischenfall weiter verfolgen zu lassen. Am Montag abend sprach dann jedoch der französische Verbindungsoffizier bei der Polizei in Neustadt vor und forschte nach dem Täter.

Der Fall ist psychologisch noch gar nicht geklärt. Der Deutsche, der infolge seiner Kriegsverletzung sein Unionsstudium aufgeben mußte, hat im Verlauf seiner Unterhaltung mit den Franzosen diese nach ihrer Meinung über den Germersheimer Zwischenfall befragt. Es ist möglich, daß er sich in seiner Trunkenheit, wobei keine Kopferverletzung zu berücksichtigen wäre, dazu hat hinreissen lassen, für die Germersheimer Zwischenfälle an einen der beiden Franzosen Rache zu nehmen.

Wie verlautet, befand sich Krauter am Montag nicht mehr in Neustadt. Die Erhebungen zur Aufklärung des Vorfalles werden fortgesetzt. Man nimmt deutschseits an, daß es sich um einen psychopathisch zu beurteilenden Fall handelt.

Haftentlassung Münchener Kommunisten. Wie die kommunistische „Neue Zeitung“ meldet, sind die Mitte September wegen Verdachts hochverräterischer Tätigkeit festgenommenen Kommunisten Gauz, Böhm und Strasser aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Reisende nach Südtirol werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Präsekt von Trient neue scharfe Bestimmungen über den Grenzverkehr erlassen hat, wobei insbesondere das Mitführen photographischer Apparate mit allerhand Unannehmlichem bedroht ist.

Wohnungsneubau für die Länder obligatorisch gesteigert worden wäre, dann hätte sich sehr Vieles von dem, was Hirtleser fordert, schon seit Monaten in die Tat umsetzen lassen. Bei einer solchen Politik wäre man sicher gegangen, daß die dadurch freigewordenen Beträge auch wirklich in Arbeit umgesetzt wurden. Bei den Hunderten von Millionen, die „der Wirtschaft“ an Steuern erlassen worden sind, besteht eine solche Sicherheit keineswegs. Die hier erparten Beträge sind mindestens zu einem gewaltigen Prozentsatz in die Börsenspekulation und in alle möglichen Finanztransaktionen gewandert, ohne den Arbeitsmarkt direkt beleben. Der Minister Hirtleser sollte deswegen seine Forderungen in erster Linie an den Reichsfinanzminister richten und ihm klar machen, daß zur verantwortlichen Führung der Reichsfinanzen nicht nur agitatorische Fähigkeiten gehören.

Wichtig an den Hirtleserschen Vorschlägen ist ferner noch, daß er die Verwendung der Hauszinssteuer nicht nur als Kapitalzuschuß für Wohnungsneubauten, sondern auch als Zinszuschuß für aufzunehmende Anleihen für richtig hält. In der Tat sind die bisherigen Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuer in diesem wie in vielen anderen Punkten überholt. Ihre durch Landesgesetz geregelte Verteilung ist voller Ungerechtigkeiten, namentlich gegenüber der Proletarierbevölkerung der Industriegebiete. Selbst von den für Wohnungsneubau zweck bestimmten Mitteln werden gewaltige Beträge für alle möglichen anderen Aufgaben verwandt, die mit der Deckung des allgemeinen Wohnungsbedarfs nur in entferntem Zusammenhang stehen. Eine reichsgesetzliche Neuregelung ist außerdem unbedingt notwendig, weil einzelne Länder mit reaktionären Regierungen ihre Verpflichtungen auf diesem Gebiet in geradezu unerantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Die zeitliche Begrenzung der Geltung der Hauszinssteuer, die immer wiederholten Änderungen haben außerdem ein unerträgliches Moment der Unsicherheit in den Wohnungsneubau hineingebracht, der ohne die Hauszinssteuermittel überhaupt nicht mehr zu denken ist. Hirtlesers Vorschläge sollten deshalb endlich dem Reichstag Veranlassung geben, diese wichtige Frage in die Hand zu nehmen, über sie nicht jahrelang zu reden, sondern sie zu lösen!

Strefemann, der Antichrist. Er „verhöht“ das Vaterland.

Herr Strefemann hat in Köln in Hinblick auf die Deutschnationalen von den Leuten gesprochen, die da beten: „Unsere tägliche Mission gib uns heute.“ Die völkischen Bähler christlicher Belange geben sich darüber sehr aufgebracht. In der „Deutschen Zeitung“ spricht der Professor Hennig von einer „befremdenden Blasphemie“. Ganz anders noch fährt der Graf Reventlow mit dem unglücklichen Minister ab, indem er in seinem Blatt schreibt:

Möglichst lächerlich machende Verdrehung christlicher Gebete und christlich-religiöser Formen ist bekanntlich ein sehr beliebter jüdischer Sport, welchem der Haß zugrunde liegt und eine jüdische Taktik, mit dem Ziel des Zernehmens. Man kann sich gewiß nicht darüber wundern, daß gerade Herr Dr. Strefemann diesen Geschmack teilt, denn daran zu zweifeln, hat nie Anlaß vorgelegen. Daß er jedoch in seiner Eigenschaft als Parteiführer und Außenminister das Hauptgebet der christlichen Bekenntnisse verhöht, verdreht und mißbraucht, das ist eine Tatsache, die allgemeine Beachtung verdient, und zwar gerade auch in solchen Kreisen der deutschen Bevölkerung, welche politisch weniger interessiert sind, dagegen Wert darauf legen, die Formen ihrer religiösen Gesinnung und Betätigung nicht in den Schmutz gezogen zu sehen.

Es ist nicht leicht, es diesen Leuten recht zu machen. Erst schlachten sie dem Wotan Pferde und erklären das Christentum für eine jüdische Erfindung, und dann sind sie wieder germanische Christen von mimosenhafter Empfindlichkeit.

Herrn Strefemann dürften allerdings diese Angriffe höchst durchsichtiger Tendenz nicht so schwer treffen wie die gleichzeitige Feststellung der „Deutschen Zeitung“, daß er selbst bis zum 12. März 1918 Mitglied des Alldutschen Verbandes gewesen ist.

Der Anschlag auf den Zucker. Vorstoß der Interessenten im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit dem Entwurf einer Verordnung über Aufhebung des Gesetzes über die Wertbestimmung der Einjahresheine. Der Beschlusse wurde gegen die Stimmen der Linken ohne Aussprache angenommen.

Der angekündigte deutschnationaler Antrag über Verdoppelung des Zuckersolls lag dem Ausschuß nicht vor. Dafür aber Petitionen des Landbundes für eine Erhöhung des Zuckersolls und Petitionen der verarbeitenden Industrie und der Verbraucher gegen eine Erhöhung des Zuckersolls. Zur Geschäftsordnung wurde vom Genossen Wissell der Antrag auf Absehung der Stellungnahme zur Zuckersollerhöhung gestellt, da der Ausschuß nicht kompetent zur Entscheidung dieser Frage sei, solange nicht ein entsprechender Antrag vom Plenum des Reichstages oder eine entsprechende Vorlage der Reichsregierung ihm zugegangen sei. Die Abgeordneten Meier (Dem.) und Rosenbergs (Komm.) unterstützten die Auffassung Wissells, während Thomsen (Dnat.) und Japs (D. Sp.) — ein bekanntes Ausschußratsmitglied großer Zuckersfabriken — die Berechtigung der Wissellschen Bedenken bestritten. Bei Stimmhaltung des Zentrums wurde die Absehung von der Tagesordnung abgelehnt.

Abg. Stubbendorff (Dnat.) begründete sodann die Notwendigkeit der Erhöhung des Zuckersolls. Auch legte ein Regierungsvertreter die Lage der Zuckerindustrie und der zuckererwerbenden Landwirtschaft dar. Inzwischen aber hatten auch die bürgerlichen Parteien, die zunächst den sozialdemokratischen Antrag auf Absehung von der Tagesordnung abgelehnt hatten, eingesehen, daß eine positive Stellungnahme ohne Initiativ der Reichsregierung nicht möglich sei. Infolgedessen wurde beschloffen, die Petitionen für und gegen Zuckersollerhöhung der Regierung zur Ermäßigung zu überweisen und ihre weitere Stellungnahme abzuwarten.

Dabei wurde von der Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor eine Notwendigkeit für die Erhöhung des Zuckersolls nicht einzusehen vermöge, und daß sie auch nicht im geringsten den Wunsch habe, daß die Regierung ihrerseits die Initiative ergreife.

Die Entscheidung liegt also zunächst bei der Reichsregierung. Von ihr muß man erwarten, daß sie den Antrag auf Erhöhung des Zuckersolls im Wege der Zollermäßigung ablehnt, da sie sich sonst einer glatten Verleugung der zu ganz anderen Zwecken geschaffenen Bestimmung schuldig machen würde. Im übrigen hat die Reichsregierung und noch zulezt der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärt, daß die Reichsregierung den Zuckersoll durch Ermäßigung der Zuckersteuer zu senken beabsichtige. Dem aber würde eine Erhöhung des Zuckersolls auf das schärfste widersprechen.

Der Zeitfreiwillige Hohenzollern. Disziplinierung des Schuldigen?

Am Mittwochabend verabschiedet sich der großbritannische Botschafter Lord d'Abernon von der Reichsregierung. Zu dieser Feierlichkeit treffen Reichspräsident v. Hindenburg und Reichskanzler Marx vorher in Berlin ein. Es wird also über den Fall des Wandergastes Hohenzollern bei den Münchener Uebungen des Potsdamer Reichswehrregiments zu entscheiden möglich sein, was bis jetzt ungeklärt nicht der Fall war. Da nämlich der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr ist, bedarf die Entlassung eines Offiziers seiner Zustimmung. Natürlich soll nicht etwa der Entel Wilhelm des Letzten entlassen werden, da er ja gar nicht der Reichswehr angehört (ob

man ihn für spätere Gastrollen noch beizubehalten wünscht, entzieht sich unserer Kenntnis); aber es soll dem Obersten des Potsdamer Reichswehrregiments an den Kragen gehen, weil er diesen Gast eingeladen und zugelassen und dabei die wohl unerlaubte Privatität gehabt hat, nicht zu bedenken, daß gerade bei der Persönlichkeit dieses Wandergastes der Fall nicht geheimbleiben würde.

Die Anklage gegen Trotski.

„Direktes Verbrechen gegen die Partei.“

Die kommunistische internationale Pressekorrespondenz teilt mit:

Das Moskauer Komitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion veröffentlicht nachstehende Resolution über die jüngste irrationelle Tätigkeit der Opposition:

Das Bureau des Moskauer Komitees hebt hervor, daß in der letzten Zeit unerbittliche Tatsachen der parteispaltenden Politik oppositioneller Gruppen verzeichnet wurden, die sich um verkehrte politische Führer scharten. Die Tatsache der Verbreitung illegaler Literatur, die von menschenwärtiger Literatur schwer zu unterscheiden ist, illegaler Versammlungen und selbst illegaler Mitgliedsbeiträge bezeugt, daß die Oppositionsführer jegliche Grenze zulässiger Kampfmethoden überschritten.

Am 1. Oktober versuchte eine oppositionelle Gruppe mit Genossen Sapronow an der Spitze in einer Diskussion eine Attacke gegen Parteibeschlüsse in der Podmoskownaja zu eröffnen, wo jedoch die Zelle einmütig den Versuch eines fraktionellen Vorgehens zurückwies und Sapronow zur Versammlung nicht zuließ. Am selben Tage erschienen die Mitglieder des Zentralkomitees Trotski, Sinowjew, Piatakow und Smilga, sowie die Genossen Kadel und Sapronow und andere Genossen der genannten Gruppe in einer Betriebszelle (der staatlichen Autobehörfabrik) und traten mit unerhörter Schärfe gegen die Beschlüsse der Partei auf. Ungeachtet der Anwesenheit und des aktiven Auftretens sämtlicher Oppositionsführer erklärten sie eine heftige Niederlage bei den der Parteimasse angehörenden Arbeitern. Ihr Auftreten verlegte in der brutalsten Weise den Beschluß des Plenums des ZK. und der ZK. der RPSU. über die Unzulässigkeit einer Diskussion und über die Disziplin der Mitglieder des ZK. Unter dem Deckmantel heuchlerischer Phrasen über die Einheit bewiesen sie offenkundig, daß ihre Politik eine Spaltungspolitik ist.

Das Bureau des Moskauer Komitees betrachtet die faktische Vorbereitung der Spaltung durch ein Häuflein Oppositionsführer, sowie den Versuch, die Arbeit der Partei zu untergraben,

als ein direktes Verbrechen gegen die Partei.

Das Bureau des Moskauer Komitees hält ein derartiges Vorgehen für eine Verhöhnung der Beschlüsse der Partei, ihres Kongresses, ihres Zentralkomitees und ihrer Zentralkontrollkommission. Indem das Bureau alle Mitglieder der Moskauer Organisation zu entschiedener Abwehr der desorganisatorischen Elemente, die in einem schwierigen Augenblicke die Parteieinheit verletzen, aufruft, stellt das Bureau an das ZK. der Partei den Antrag, die Mitglieder des ZK., die den Willen der Partei verletzen, zur Ordnung zu rufen. Die sachliche Arbeit der Partei, die am Beginn des wirtschaftlichen Operationsjahres besonders schwierig ist, und unter angespannten internationalen Verhältnissen verläuft, darf nicht durch ein Häuflein Personen untergraben werden, die glauben, daß ihnen ihre Verdienste und ihre hohe Stellung innerhalb der Partei gestatten, den kollektiven Willen der Partei zu verletzen. Die Partei wird ein derartiges fraktionelles Verhalten ohne Ansehen der Person entschieden abwehren, wie ihr Führer Lenin sie gelehrt hat.

Der ausführliche Bericht über die Anklage gegen Trotski zeigt deutlich als die kurze Vormerkung, wie sich die Dinge in der RPD. zugespielt haben. Eine Opposition mit eigener Literatur, eignen Versammlungen und eignen Organisationsbeiträgen ist nicht mehr weit davon entfernt, eine selbständige Partei zu sein.

Obstmärkte in drei Weltteilen.

Herbst am Wiener Naschmarkt.

Die Obsternte Oesterreichs und Südtirols prangt hier in allen Farben; Reihen von Obstständen mit Bergen von burgenländischen Pflaumen, tiroler und spanische Weintrauben, mächtige Butterbirnen und Sommerbergamotten, Körbe mit tiroler Edelrot, kanadischen und kalifornischen Walnüssen aus dem Süden, saftige Feigen, Körbchen mit Brombeeren, riesige Melonen. Hinter diesen Genüssen thronen die durch ihren schlagfertigen Witz und ihre Grobheit berühmten, meist sehr torpulenten Verkäuferinnen und rufen halb singend jeden Vorübergehenden an, der ihnen zahlungsträglich erscheint:

„Was kaufens denn, gnä' Herr? Schöne Weintrauben, guate Birn hätt' i, gnä' Herr! Was kaufens denn?“

Rebenan pressen andere mit lauter Stimme ihre buntschneidenden Äpfel an. Und über diesem farbigen Bild von Blumen und Obst schillert rückwärts die riesige grüne Kuppel der Karlskirche, das alte Wahrzeichen des Wiener Naschmarktes.

Eisenbahnstation auf Westjava.

Der Zug fährt langsam zwischen Reisfeldern, Palmen, Blumenwägen von unbeschreiblicher Farbenpracht ein. Rings in den Feldern waten japanische Bauern hinter ihren mächtigen schwarzen Büffeln bis zu den Knien im Wasser und pflügen den fruchtbaren Schlamm. Ihre mageren Gestalten verschwinden beinahe hinter dem riesigen, klagen Strohhaub, der sich wie ein übergroßer Regenschirm über Kopf und Schultern wölbt.

In einer Reihe stehen eingeborene Frauen und Mädchen am Bahnsteig, bunte Hüte und Jachen leuchten, braune Arme heben mit grasbüßen Bewegungen Köpfe mit Milch und Wasser, Körbe mit Eiern, Brot, gebacktem Reis den Passagieren entgegen.

In den primitiven Obstbuden aus Bambus hängen herrlich duftende Ananas von Stangen herab, liegen in Körben aufgeschichtete, werden frisch geschnitten aus kleinen Karren abgeladen, der ganze Bahnhof riecht nach Ananas. Auf Bastteppichen sind neben großen Klumpen von Bananen Haufen von Mangofrüchten, den bläulich-braunen, pflaumengroßen, aromatischen Früchten einer Art des Mangobaumes, sowie die äpfelgroßen, rotgelben, anfangs etwas bitter schmeckenden Mangofrüchte ausgebreitet. Rasch schwinden die Hügel von Kokosnüssen, deren köstliche Milch von den Chinesen und Japanern mit Begehren ausgeschürft wird.

Alles laut, schallt, selbst die Fernsten, die nur mit einer kurzen Leinwand bedeckt sind, schneiden ihre Ananas in Scheiben, die hier kaum mehr kostet als in Deutschland eine Semmel.

Ein dünner Pfiff — der Zug teucht wieder vorwärts — die bunten Röcke, braunen Gesichter verschwinden hinter Kokospalmen und hellgrünen Pfingstgebüchen.

Ringsum lauchen schon die Spitzen der Vulkane in den Gewitterdunst der mittägigen Konsumwolken. Der Horizont ist verhängt mit dem tropischen Regenbadahn, der fast jeden Nachmittag seine ungeheuren Wassermassen über diese gefegnete Insel niederschüttet, damit die Glutsonne des nächsten Vormittags die verwirrend lippige Vegetation zu neuer Prachtentfaltung treibt.

Obstmarkt in Mexiko.

Es ist ein unabsehbares, zwischen Häusern und Gassen sich verkerendes Gewirr von Ständen, beladenen Wägen, endlosen Reihen am Boden kauender Indios, die Obst und Gemüse feilbieten. Früchte einer Kakteenart in der Größe von Marillen, von herrlichem Aroma, lange Stangen mit Bananen, die roh und in Butter gebraten gegessen werden, Bündel von Zuckerrohr, das in kurze Stücke geschnitten wird, an denen groß und klein auf der Straße saugt wie an einer Zigarre, lindstoppgroße, beschuppte Zimtäpfel mit wunderbarem, süßwürdem Geschmack, ganze Frühen von Rangos, riesige Zitronen, Ananas, Rameys, die einer Kokosnuss ähnlich sind, aber eine lederartige Schale und tieferes, etwas zähes Fleisch besitzen, Melonen, Orangen, Kokosnüsse strömen eine Sinfonie von Düften aus, die sich am späten Vormittag bei zunehmender Hitze aus den zertretenen Fruchtschalen, Abfällen und dem Aroma der Zwiebelberge zu einem grotesken Fortissimo von Gerüchen steigert.

Mit den Gerüchen des Obstes mischt sich der Duft von Blumen aus den nächsten Gassen. Die märchenhaften, durch ihre Größe und Farbenpracht alle europäischen Begriffe übersteigenden Produkte des Infatellabryns von Xochimilco werden hier auf kleinen Kähnen bis mitten in die Stadt gebracht: schimmernde Lilien, herrliche Rosen, glühende Nelken und Kalas, aufgeschüßt zu phantastischen Blütenbergen.

Kabarett der Komiker. Ein neues Programm des Kabarets der Komiker im Palmenhaus. Paul Nikolaus konzeriert, zugespitzt, funkelnd und unterhaltend. Wilko Febrri singt, die Belowa tanzt, Kahi Kühn singt Breiellieder und Gändör zeichnet immer noch verblüffend rasch nach der Deuse „Am Augenblick karikiert“. Doch über allem steht Roda Roda, der in seinen feingeschliffenen Anekdoten und Dialogen das Kabarett über die nur weiche und erotische Atmosphäre hebt und satirisch auch brennende Fragen der Gegenwart behandelt. Ausgezeichnet war sein „Aufstufstauer“. Der Schluss des Abends brachte das blühende Lustspielchen „Gaby und die drei“, das neben Paul Morgan, Hermann Blah, Ostar Karlowitz und Kurt Mikulski vor allem der Hella Kury Gelegenheit gab, ein wahres Feuerwerk verschiedener Temperamente zu entfalten. Walter Kalko schrieb dem Spiel eine schmissige Musik. W. Sch.

Deutsche Bücher in Polen. Krawczynski, der Leiter einer großen Warschauer Bucherei, hat kürzlich in der Zeitschrift „Przeglad Ksiegarski“ eine Kritikreihe veröffentlicht, in der er die Entwicklung der polnischen Buchereien in der Vor- und Nachkriegszeit schildert.

Besonders interessant ist es für Deutschland, daß das deutsche Buch einen großen Einfluß besitzt und keinesfalls von französischen Büchern verdrängt werden kann. Vor allem in den ehemals deutschen oder österreichischen Gebieten werden nach wie vor deutsche Bücher mit Vorliebe gekauft. Ein französischer Interieurdekor hat Herrn Krawczynski befragt, welchen Einfluß denn das französische Buch ausübe. Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß im Jahre 1924 85 Proz. aller ausländischen Bücher, die in Polen verkauft wurden, deutsche Erzeugnisse waren, während nur 6,2 Proz. französische Bücher von den Händlern abgesetzt werden konnten. Für 1925 sind die Ziffern offensichtlich dieselben. Für Zeitschriften und Zeitungen, so meint der polnische Fachmann, ist der deutsche Einfluß bestimmt noch stärker nachzuweisen.

Verluste mit „künstlichen Erdbeben“. Vor einiger Zeit wurden in Italien Veruche mit „künstlichen Erdbeben“ gemacht, um festzustellen, wie groß die Gefahrzone für Häuser bei Erdbeben ist und welche Häuser in dem von Erdbeben gefährdeten Gebieten benutzt werden dürfen. Jetzt liegen die Ergebnisse dieser Veruche vor. Es wurde ein eigenartiger Schüttelapparat verwendet, der auf die Häuser ähnlich wirkt, wie die Erdbebenwellen. Der Schüttelapparat verursacht also gewissermaßen künstliche Erdbeben, denn eine große Fläche, auf der sich die Veruchshäuser befanden, wird durch einen Elektromotor in solche Bewegung versetzt, daß sie den Schwankungen der Erde bei Erdbeben ziemlich ähnlich sind. So ergab sich, daß die leichten japanischen Häuser aus Holz oder aus Stahl oder aus einer Verbindung beider Materialien für von Erdbeben gefährdete Gegenden am geeignetsten sind, insbesondere dann, wenn sie so eingerichtet sind, daß sie auch kombinierten Stößen und Erderschwankungen gewachsen sind. Auch diese Häuser haben zwar manche Risse erhalten, aber in keinem Falle sind sie vollkommen auseinandergebrochen oder eingestürzt.

Kein brauchbares englisches Drama mehr. Während bei uns englische Stücke jetzt Mode werden und immer häufiger auf deutschen Bühnen erscheinen, behauptet ein Sachkenner, Sir Alfred Butt, der Direktor des Drury Lane-Theaters in London, daß die englischen Dramatiker verlernt hätten, hübenwürdige Stücke zu schreiben. Er hat seine größten Erfolge in letzter Zeit mit amerikanischen Werken erzielt, und er behauptet, daß dies nur dem Umstand zuzuschreiben sei, daß die Engländer nichts Zugkräftiges mehr liefern. Ein Beweis dafür ist ihm ein Preisaufruf, das er veranstaltete und in dem 1000 Pfund außer den gewöhnlichen Abgaben dem besten Stück verheißen werden, das im britischen Reich spiele und sich für das Drury Lane-Theater eignete. Von den 53 eingereichten Stücken erwiesen sich 42 sofort als unbrauchbar, aber auch die übrigen 11 hielten einer näheren Prüfung nicht stand, so daß keinem der Preis zugesprochen werden kann.

In den Kammerpielen des Deutschen Theaters geht in Abänderung des Spielplans die ganze Woche „Andros und der Löwe“ von Bernab Schow in der Übersetzung in Szene. Die für Freitag angelegte Premiere ist verschoben.

Gedächtnisfeier für Beethoven in der Holländer-Sala. Vom 7. bis 11. Oktober wird das Schauspielhaus in Holland eine Gedächtnisfeier für Beethoven abhalten in der Form von vier großen Beethoven-Konzerten, in denen alle neun Sinfonien Beethovens zu Gehör gebracht werden sollen. Die Konzerte stehen unter Leitung Toscaninis.

Sozialismus und Kultur.

Konferenz der Bildungsausschüsse.

Blankenburg i. Th., 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an die Tagung des Sozialistischen Kulturverbandes in Blankenburg fand am Montag eine Konferenz der Bildungsausschüsse statt, die sich mit der praktisch-organisatorischen Seite der Kulturarbeit beschäftigte. Den einleitenden Vortrag über Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeiterbildungswesens hielt Genosse A. Stein. Der gegenwärtige Stand der Bildungseinrichtungen genüge nicht, erhebe im Hinblick auf die intensive Tätigkeit der bürgerlichen Parteien, besonders des Zentrums und der Deutschnationalen, andererseits unter dem Gesichtspunkt der gesteigerten Anforderungen, die an uns gestellt werden. Es ist notwendig, unsere im politischen und wirtschaftlichen Kampf stehenden Genossen mit sachlichem und sachlichem Wissen auszurüsten und den Nachwuchs für unsere Bewegung heranzubilden. Diesem Ziele müssen die verschiedenen proletarischen Bildungseinrichtungen dienen, deren Tätigkeit vereinheitlicht und koordiniert werden muß. Inhaltlich muß eine größere Systematisierung der Bildungsarbeit angestrebt werden, die in die gesamte Arbeit der Partei und Gewerkschaften eingegliedert werden muß. Voraussetzung dafür ist die Schaffung eines zentralisierten Bildungsapparats, der in einer Anzahl von Bezirken noch nicht vorhanden ist. Gestützt auf diese organisatorische Grundlage wird der Bildungsausschuss in der Lage sein, die jetzigen verheißungsvollen Ansätze der Bildungsarbeit auszubauen und die gesamte Arbeiterkulturbewegung mächtig vorwärts zu treiben.

Anschließend berichtete Genosse Döring über seine Erfahrungen als Wanderredner des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit.

Bildungskurse.

Die Kurse konnten in den letzten Jahren erst wieder aufgenommen werden, haben aber im ganzen zu guten Ergebnissen geführt. Döring leitete im verflochtenen Geschäftsjahre 51 Kurse mit 2568 Teilnehmern. Am stärksten war die Altersgruppe von 30 bis 40 Jahren vertreten, während die Jugend von 15 bis 20 Jahren nur 10 Proz. der Teilnehmer stellte, die Frauen etwa 16 Proz. der Teilnehmerzahl. Notwendig sei die Aufstellung eines systematischen Arbeitsplanes für die Bildungskurse des Reichsausschusses.

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit.

A. Weimann gab einen Überblick über die Tätigkeit des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit. Dazu gehört nicht nur die Anregung und Vorbereitung von Vortragskursen, die Herausgabe von Kursumrissepositionen und künstlerischen Programmunterlagen für Feiertage, dazu gehört vor allem die Veranstaltung von Ferienkursen und Ferienkursen aller Art und die Vermittlung von künstlerischen und rednerischen Kräften. Ein Preisanschreiben für ein Weihnachtsspiel hat gute Ergebnisse gehabt. Für die Pflege des Sprechers ist ein Sprecherkreis gebildet worden. Genosse Weimann stellte fest, daß das Arbeiterbildungswesen in fast allen Bezirken wieder in erfreulichem Aufstiege begriffen ist.

Debatte.

In der Debatte über die drei Vorträge begrüßte der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Adolf Braun, den Aufschwung der Bildungsbewegung, hat aber gleichzeitig, die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Halle-Leipzig berichtete über die guten Erfolge der Wochenendkurse. Friede-Berlin warnt vor den Versuch der Unternehmer, durch besondere Institutionen eine Anhängerschaft in der Arbeiterschaft heranzuzüchten. Graf-Dürenberg verlangte Konzentration auf das allernotwendigste: Erkenntnis der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dringend notwendig sei die Beschaffung billiger Bücher Lehrbücher für die sozialistische Bildungsarbeit. Mette-Hamburg berichtete über die guten Erfolge der Hamburger Bildungsarbeit, auch über die Herausgabe billiger Broschüren, die in großen Umfang vertrieben werden. Jensen-Tinz schilderte die Tätigkeit der Heimvolkshochschule Tinz. Genosse Juchacz wünscht stärkere Heranziehung der Frauen zur Bildungsarbeit. Leuzner-Fitz begrüßte die Schaffung eines zentralisierten Apparats und unterstrich die Befreiung der Arbeit in den ländlichen Bezirken. Voogd-Amsterdam, als Vertreter der holländischen Arbeiterbildungszentrale, begrüßte die Arbeiterkonferenz und schilderte die Tätigkeit der holländischen Bildungsbewegung. Oberhard-Franken begrüßte, daß alle Arbeit nun konzentriert und systematisiert wird. Neben der Geschichte sei in der Bildungsarbeit vor allem die wirtschaftliche Schulung notwendig. Anoll (MDSB) ging auf den Kampf der Unternehmer und unterstrich die Einheit der Bildungsziele der Gewerkschaften und der Partei. In seinem Schlußwort hob Genosse Stein die Wichtigkeit einer derartigen Zusammenarbeit hervor, die allein eine feste Grundlage für unsere gesamte Bildungsarbeit biete.

Den gegenwärtigen Stand und die Bedeutung der Arbeiterbildung behandelte Genosse Gustav Hennig-Gera, der durch eine Umfrage wertvolles, wenn auch leider noch lückenhaftes Material über die Benützung der Arbeiterbibliotheken beschafft hat. Der Rückschlag, der durch den Krieg und die Nachkriegsjahre eingetreten war, beginnt sich langsam auszugleichen und an manchen Orten bereits einem Aufstieg der Lesefreude Platz zu machen. Die Unterstützung der Bibliotheken durch Bereitstellung von Mitteln und vor allem die Heranziehung von Arbeiterbibliothekaren sei dringend zu wünschen.

In einem weiteren Vortrag behandelte Genosse Weimann die Frage des Radio- und Filmwesens. Der Reichsausschuss hat sich um die Möglichkeit bemüht, durch eigene Filmstreifen die Kulturarbeit der Partei darzustellen und dadurch anregend und verbindend zu wirken. Aber diese Versuche haben noch immer nicht den gewünschten Erfolg, solange wie nicht auch Einfluß auf die Kinofilmkonzernien sind. Bezüglich des Radio müssen wir versuchen, Einfluß auf die Sendegesellschaften zu gewinnen, um die Tendenz der Funkprogramme zu beeinflussen. Sicher ist die Programmgestaltung unter dem Deckmantel der Neutralität fast ganz antisozial. Wir werden die schärfste Kontrolle ausüben und verlangen müssen, daß auch Vorträge usw. von unserer Seite durch den Rundfunk verbreitet werden. In der anschließenden Debatte wurde von fast allen Rednern darauf hingewiesen, daß die bisherige Praxis der Rundfunksendegesellschaften sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Um 6 Uhr abends war die umfangreiche Debatte zu Ende. Die Konferenz wurde dann vom Vorsitzenden Genossen Crispian mit Worten des Dankes für die Teilnahme und die reichliche Unterstützung geschlossen.

Entschuldigungsverfahren für Magdeburg. Der Kaufmann Haas, der in der Wodaffäre Helling von dem Untersuchungsrichter Kölling in Magdeburg monatelang unschuldig in Untersuchungshaft gehalten wurde, hat nunmehr seinen Entschuldigungsanspruch gestellt. Er beläuft sich auf mehr als 500000 Mark. Ob diesem Anspruch nachgegeben wird, wird die Nachprüfung ergeben. Auf jeden Fall, Herr Kölling kommt dem Staat noch teuer zu stehen.

Trinkersfürsorge.

Zur Förderung des Kampfes gegen den Alkoholmißbrauch veranstaltet das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin einen vom 4. Oktober bis 3. November dauernden Lehrgang für Helfer in der Trinkersfürsorge. Am Montag wurde der Lehrgang unter starker Beteiligung im Stadtordnungsamt durch Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski eröffnet. Gemeldet sind über 200 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, und wegen voller Belegung mußten andere Meldungen in beträchtlicher Zahl einwachen zurückgewiesen werden. In seiner Begrüßungsansprache wies der Stadtmedizinalrat darauf hin, daß die Entente bei der Einforderung der vom deutschen Volk zu leistenden Kriegsschuldensraten unsere Zahlungsfähigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Höhe der von uns für Alkohol aufgewendeten Beträge abschätzt. Man könne fragen, ob das von Amerika gegebene Beispiel völliger Verbannung des Alkohols bei uns nachzuahmen sei, aber von dem gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß müsse das deutsche Volk loskommen. Der Redner betonte, daß mindestens die Jugendlichen bis zum mannbareren Alter sich ganz vom Alkohol frei halten müßten. Danach sprach Prof. Dr. Strecker, der erste Vorsitzende des Hauptausschusses der Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, über Alkohol und Gemeinwesen. Der Schaden, den das Volksganze vom Alkoholismus habe, sei größer als aller Vorteil, den der Alkohol durch Steuereinnahmen bringen könne. Man rede so viel von Rationalisierung der Wirtschaft, aber im schlimmsten Widerspruch hierzu stehe die übermäßige Alkoholproduktion und das durch den Alkoholismus angerichtete Unheil.

Die Polizeikonferenz.

Polizei und Verkehrsregelung.

Dem Problem der polizeilichen Verkehrsregelung waren die beiden Vorträge der Allgemeinen Polizeikonferenz im Plenarsitzungsraum des ehemaligen Herrenhauses gewidmet. Sie schlossen sich unmittelbar dem Internationalen Polizeitongress an und trugen in gleichem Maße wie jener internationalen Charakter. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des Ministerialdirektors Abegg trat die Konferenz in ihre sachliche Beratung ein. Oberpolizeidirektor Bakker-Amsterdamer referierte über Straßenbau und Verkehrsregelung. Er legte die Forderung für den Bau idealer Verkehrsstraßen dar und betonte in diesem Zusammenhang, daß die Kosten für den Umbau veralteter Straßen und Stadtteile sich fast ganz durch die Ersparnisse auf verkehrspolizeilichen Gebieten amortisieren ließen. Regierungsrat Schuppan wies in der Aussprache darauf hin, daß Straßenbau und Verkehrsregelung nicht in der gleichen Hand gelegen hätten, wodurch sich eine Reihe von Schwierigkeiten der jetzigen Verkehrsregelung erklären ließen. An Hand von Zahlen zeigte er, daß der Automobilverkehr in Berlin seit dem Jahre 1914 sich verdreifacht habe. Regierungsrat Böcker-Hamburg sprach über die moderne Entwicklung der großstädtischen Verkehrsregelung. U. a. wollte er Arbeitsbeginn und Arbeitsstopp einer Stellung mit Rücksicht auf die Verkehrsregelung unterzogen wissen. Lieber die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der internationalen Verkehrsregeln sprach Regierungsrat Dr. Ruch-Dresden. Er betonte, daß die Hauptschwierigkeit einer Verständigung auf dem Gebiete des Kraftwagenverkehrs darin liege, daß England, Schweden, die Tschechoslowakei und noch einige andere Staaten an der Linksfahrvorschrift festhielten. Das führe zu einer großen Anzahl von Unfällen im internationalen Kraftwagenverkehr. Auch die diesjährige internationale Verkehrskonferenz in Paris habe, wie in dieser Beziehung, so auch in der Frage der Verkehrszeichen nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Dagegen habe die Konferenz zwischen den Vertretern der Polizeipräsidien der Großstädte und der Länder, die in Dresden tagte, zu einer Vereinheitlichung der Verkehrszeichen innerhalb Deutschlands Stellung genommen. In seinem Vortrag über Städtebau und Verkehrsregelung legte sich Oberbaurat Köschmann vom Magistrat Berlin dafür ein, daß man bei Erschließung neuer Siedlungsgebiete alle länderbaulichen Fragen von dem Verkehrsproblem abhängig mache. Für Berlin forderte er, daß schon jetzt für die Straßen neue Bauvorschriften aufzustellen seien, damit auf diese Weise einer späteren Verbreiterung der Straßen Rechnung getragen werden könne. Der Architekt Dr. Malsberg, der zum Thema Städtebau und Verkehrsregelung Stellung nahm, unterstrich, daß Städtebau, Wirtschafts- und Verkehrsplanung bedeute und der Verkehr gewissermaßen das Wirtschaftsmedium sei. Die Entwicklung des Verkehrstempos werde die Großstädte von einer Geburts- zu einer Sterbestadt machen. Schließlich sprach noch Regierungsrat Dr. Adriani über „Moderne Theaterpolizei“. In einem Schlußwort wies Ministerialdirektor Abegg vom preussischen Ministerium des Innern noch darauf hin, daß die Polizeibeamten aller Länder zu einer großen Familie gehörten und daß eine Vereinheitlichung und Anpassung der polizeilichen Arbeitsmethoden eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Polizei ist ein Instrument des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit.

Im Festsaal der Ausstellungshalle II am Kaiserdamm fand gestern abend für die Teilnehmer der IV. Preussischen Polizeiwache ein Begrüßungsabend statt, an dem etwa 500 Personen teilnahmen. In Vertretung des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Staatsministers a. D. Dr. Drews begrüßte Reichsminister a. D. Schiffer die Gäste und feierte die Verbrüderung von Wissenschaft und Praxis, die in der Verwaltungsakademie den besten Ausdruck gefunden habe. In diesem Jahr gewinne die Veranstaltung noch besondere Bedeutung dadurch, daß sie mit der Großen Polizeiausstellung zusammenfällt. Staatssekretär Dr. Meißner brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, daß er bei der Gründung der Verwaltungsakademie im Jahre 1919, in einer Zeit größter Not, nicht geglaubt habe, daß die Akademie eine so rasche und große Entwicklung nehmen würde. Dies ist der schlagendste Beweis dafür, daß man auf dem besten Wege ist zu einer Verschmelzung zwischen Staat, Polizei und Publikum. Ein Hoch, in das die Festteilnehmer einstimmten, galt der Verwaltungsakademie. Geheimrat Roedenbeck vom Ministerium des Innern überbrachte die Grüße des Ministerialdirektors Dr. Abegg, der durch Erkrankung verhindert sei, am Begrüßungsabend zu erscheinen. Zahlreiche Vertreter von Behörden, der Kommandeur der Berliner Schuppolizei, Oberst Haupt, dessen Vertreter Oberst Heimansberg waren als Gäste anwesend.

Kulturbeiräte und Rundfunk.

In diesen Tagen wird das Volk mit den Namen der zu Kulturbeiräten ernannten Personen beglückt werden. Es ist grotesk, in welcher Form sich diese Dinge vollzogen haben, und welche Auswirkungen man von ihnen erwartet. Stellen wir zunächst einmal fest: Bei der ungeheuren Vielseitigkeit, die den Gehalt eines heutigen Rundfunks darstellt und angesichts der Tatsache, daß das Mikrophon so nach Art seiner Beeinflussung Millionen verstimmt oder bereichern kann, ist es klar, daß den einzelnen Sendegesellschaftsleitungen nicht mehr allein die laute Rede der Programmabteilung überlassen bleiben darf. Es hat denn auch zahlreiche Vorkämpfe gegeben. Um ihnen aus dem Wege zu gehen, entschloß man sich zur Institution der Kulturbeiräte. Anstatt nun aber diese hochwichtigen Posten nach demokratischen Prinzipien von Körperschaften und Gruppen wählen zu lassen, die irgendetwas dem Rundfunk nahe stehen, hat man in der Eitelkeitlichkeit von diesen Vorgängen überhaupt nichts gemerkt. Es hat sich alles in der geheimnisvollen Stille der schwiegener Amtsstuben vollzogen. Wir werden wieder

einmal, wie schon so oft, vor eine vollendete Tatsache gestellt! Die neuen Männer werden kommen. Damit müssen wir uns abfinden. Wer nun aber glaubt, daß diese „Kulturbeiräte“ irgendeinen kulturellen Einfluß ausüben können, der hat sich gewaltig geirrt. Nach den bestehenden Bestimmungen sind diesen Beiräten tatsächlich völlig die Hände gebunden sie haben nur eine Meinung, aber kein Amt. Sie können den Inhalt eines Programms beanstanden, sie können selbst Vorschläge machen; die endgültige Entscheidung über Anträge und Einsprüche liegt jedoch nach wie vor souverän in den Händen der Sendedirektion. Welchen Sinn haben da überhaupt noch die Kulturbeiräte?

Artur Crispian über Rundfunkfragen. Am 7. Oktober spricht Artur Crispian im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses in einer von der Bezirksgruppe Berlin des Arbeiter-Radio-Klubs einberufenen Hörerverammlung über Rundfunkfragen.

Der Revolverheld von Grünheide.

1 Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den wegen vollendeten und versuchten Totschlages angeklagten Arzneimittelfabrikanten und Villenbesitzer Franz Pautsch aus Grünheide wurde noch gestern bis nach Mitternacht durchgeführt. Nachdem die Abtsicht des Schwurgerichts III, am heutigen Tage einen Totaltermin am Tatort in der Villa des Angeklagten abzuhalten, ausgegeben worden war, konnte noch in später Nachtstunde das Urteil gefällt werden.

Die letzten Zeugenvernehmungen hatten nichts wesentlich Neues gebracht. Einige Grünheider Einwohner gaben jetzt dem Angeklagten ein günstigeres Zeugnis, als früher. Andere dagegen hielten ihn nach wie vor für einen Händel suchenden, gewalttätigen Menschen. Die Gutachten der Ärzte waren widerspruchsvoll. Die Irrenärzte von Dalldorf hielten den Angeklagten nicht für zurechnungsfähig. Medizinalrat Dr. Störmer und andere Gerichtsärzte dagegen vernichteten den § 51 bei dem Angeklagten. Auf den letzten Standpunkt hatte sich auch das Obergutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses der Stadt Berlin gestellt und Pautsch für seine Taten verantwortlich erklärt. Staatsanwaltschaftsrat Vater hielt den Angeklagten des vollendeten Totschlages und des versuchten Totschlages in je einem Falle schuldig und beantragte, ihn unter Ausschluß mildernden Umstände zu 7 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Rechtsanwalt Dr. Puppe vertrat den Standpunkt, daß dem Angeklagten bei den widerstreitenden Gutachten der günstige Fall zugute kommen müsse; da immerhin erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit beständen, müßte § 51 in Anwendung gebracht werden. Außerdem sei der Angeklagte aber auch freizusprechen, weil man annehmen müsse, daß er geglaubt habe, in Notwehr zu handeln. Das Schwurgericht III stellte sich auf den Standpunkt des Obergutachtens und hielt den Angeklagten für verantwortlich. Im Falle der Tötung des Bürtmers Magnus war das Schwurgericht jedoch genötigt, auf Freisprechung zu erkennen, da die Behauptung des Angeklagten nicht zu widerlegen sei, daß er zunächst von Magnus angegriffen worden sei und von diesem einen Schlag mit dem Hausschlüssel ins Gesicht bekommen habe. Das Schwurgericht nahm daher in diesem Falle zugunsten des Angeklagten an, daß er in Notwehr gehandelt habe. Bei den Schüssen auf die Wirtschafterin kam jedoch Notwehrhandlung nach Ansicht des Schwurgerichts nicht in Frage. Frau Bolter habe die Schüsse auf der Flucht vor dem Angeklagten in den Rücken bekommen. Pautsch wurde daher des versuchten Totschlages schuldig befunden und zu einer Strafe von vier Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen der Höhe der Strafe wurde Pautsch im Gerichtsfoal von neuem verhaftet. Er erklärte jedoch sofort, daß er gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht einlegen werde.

Die Stadtordnungsversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 15 Uhr. Die Tagesordnung bringt 60 Verhandlungsgegenstände, darunter sind 12 Anfragen und 21 Anträge und viele Magistratsvorträge.

Ein folgenschwerer Baunfall ereignete sich am Montag nachmittag auf dem Neubau des Völkerdenkmals in der Prinz-Albrecht-Straße. Der 58jährige Schlosser Karl Dahm aus der Götterstr. 13 zu Schöneberg stürzte aus bisher noch unbekannter Ursache aus beträchtlicher Höhe vom Gerüst in die Tiefe, wo er beim Aufsteigen liegen blieb. Ein Wagen des Rettungswesens brachte den Verunglückten in das Urbantraumhaus, wo er bedenklich darniederliegt. — Ein weiterer Unfall ereignete sich auf der im Bau befindlichen Hochbahn Gleisdreieck-Rollenortplatz. Dem Schlosser Ernst Tuch aus der Beusselstraße 38 fiel eine schwere Eisenkugel auf die Beine. Mit schweren Fußverletzungen mußte er in das naheliegende Elisabethkrankenhaus geschafft werden.

Die erste Zuchthausstellung auf dem Ragereichhof bot trotz der improvisierten und schlecht organisierten Anlagen eine Fülle von gutem Material an Zuchtvieh, daß sie sich weit über den gewöhnlichen Begriff des Viehmarktes heraushebt. Dies war wohl eigentlich auch der Zweck der Veranstaltung, die beteiligten Viehzüchterverbänden aufzuzeigen, daß Berlin als Verbraucher und Marktort durchaus mit hochwertiger Ware beschickt werden kann. Erfreulich ist, daß es anscheinend außer den direkten Interessenten noch eine große Menge von Berlinern gibt, die den sogenannten „Viehoerstand“ besitzen, wenigstens legte die Zusammenkunft der Zuschauer von diesem kritischen Vermögen reichlich Zeugnis ab.

Wochenende bei Rübzahl. Das Reiseziel des Sonderzuges der Reichsbahn vom letzten Sonntag war diesmal das Riesengebirge, der fahrplanmäßig am Sonnabend abend in Hirschberg ankam. Die Reisenden konnten auch weiter nach Schreiberhau oder Krummhübel fahren. Die Mehrzahl der Reisenden hatte indes Krummhübel als Reiseziel gewählt, weil von hier aus die Schneekoppe am besten zu erreichen ist. Für gutes Nachtlager mit Morgentasse war weitgehend Sorge getragen und in kurzer Zeit waren die Sonderfahrer zur Zufriedenheit untergebracht. Am Morgen wurde dann zur Schneekoppe aufgedreht, um in etwa dreistündigem Marsch über „Meißner Grund“ oder „Gehänge“ das Rappenhäus, das in 1603 Meter Höhe liegt, zu erreichen. Mit der schönen Aussicht war es diesmal leider nichts, der Rappentegel war ständig in dicke Wolken gehüllt. Auch wer von Schreiberhau aus Wanderungen zu den „Schneegruben“ unternahm, kam auf seine Kosten. In einigen Lokalen war für Mittagessen zu ermäßigten Preisen gesorgt. Die Reichsbahn hatte in jeder Beziehung alles sorgfältig organisiert, so daß jeder mit dem gut ausgenutzten Tag vollauf zufrieden war. Hierover zeugten auf der Rückfahrt die vergnügten Gesichter der Reisenden.

Das hannoversche Wasser wieder einwandfrei. Nach einer Mitteilung des preussischen Hochfahrtsministers ist das Wasser der Niedinger Wasserwerke seit dem 21. August fast keimfrei und kann unbedenklich genossen werden, ohne daß es abgekocht wird. Eine Ansteckungsgefahr durch Leitungswasser besteht in Hannover nicht mehr.

Die Inphusgefahr für Magdeburg beseitigt. Laut amtlicher Mitteilung kann die Inphusgefahr für Magdeburg als so gut wie beseitigt gelten. Die in letzter Woche hier vereinzelt aufgetretenen Fälle sind nur durch Umgang mit kranken Personen verursacht worden.

Ein schweres Grubenunfall hat sich im nordamerikanischen Staat Tennessee ereignet. Durch eine Explosion wurden zahlreiche Bergleute verstimmt. Wegen giftiger Gase war es der Rettungsmannschaft zunächst unmöglich, zur Unglücksstelle vorzudringen. In der Grube befanden sich bei dem Unglück 65 Bergarbeiter.

Die KPD. als Gewerkschaft.

Kein Mensch regt sich mehr darüber auf, daß die KPD. über alle Dinge, die irgendwo in der Welt passieren, ein von Moskauer Interessen inspiriertes Urteil fällt. Auch die Katschläge und Lehren, die die KPD. den Gewerkschaften und den Genossenschaften, den sozialdemokratischen Arbeitern überhaupt erteilt, nimmt niemand mehr ernst. Jedermann weiß, daß die Kommunisten, die allen anderen Anweisungen erteilen, sich selbst keinen Rat wissen, wie sie mit heiler Haut aus ihrer Parolekriste herauskommen.

Wenn die KPD. aber, nachdem der kommunistische Gewerkschaftsladen in Hamburg einen dicken Gewinn gemacht hat und als einziger Erfolg ein erhebliches Minus von Gewerkschaftsmitgliedern zurückgelassen hat, wenn diese selbe KPD. ihren Bankrott als Befähigungsnachweis betrachtet, um sich an die Stelle der Gewerkschaft zu setzen, dann ist die Grenze überschritten, wo man mit einem Achselzucken die Parolenshüter ungestört ihr gemeingefährliches Handwerk treiben lassen kann. Die KPD. mag politische „Aktionen“ führen, so viel sie will. Sie mag sich in Aufrufen und Kongressen gefallen, so viel ihr das Spaß macht. Sie mag ein großes Dampfsgewerk einrichten, um ihre zu „Agenten der Bourgeoisie“ und „Kontarrevolutionäre“ degradierten Bonzen und Oberbonzen hinauszufördern. Kein Mensch wird sie bei dieser harmlosen Tätigkeit stören wollen. Wenn die KPD. sich aber herausnimmt, als Gewerkschaft aufzutreten und Wirtschaftskämpfe zu führen, dann hört der Spaß auf. Es ist schon zu viel Unheil von den Bolschewisten gerade auf wirtschaftlichem Gebiete angerichtet worden, als daß man da noch ruhig zusehen dürfte. Der Versuch der KPD., auf eigener Kasse in Hamburg einen großen Streik zu führen, ist unerträglich.

Wie schlimm es mit diesem Versuch aussieht, wie er deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß er auf Lügen aufgebaut ist. Es ist eine grobe Lüge, wenn die KPD. behauptet, die Hamburger Hafenarbeiter seien von den UDB-Führern verraten worden. Der Deutsche Bergarbeiterbund hat mit Hartnäckigkeit für eine Erhöhung der Löhne gekämpft, obwohl leider nur eine Minderheit der Hafenarbeiter gewerkschaftlich organisiert ist. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Schiedsspruch abzulehnen und die Arbeit niederzulegen. Da kam der zweite Schiedsspruch und unmittelbar darauf die Verbindlichkeitsklärung.

Wenn die KPD. behauptet, daß diese Verbindlichkeitsklärung die Organisation nicht behindere, einen Streik zu führen, so ist auch diese Behauptung eine grobe Lüge. Die KPD. weiß, daß alle in dieser Frage ergangenen Gerichtsurteile und Einheitsbefehle in dieselbe Richtung gehen. Unter diesen Umständen mit einer Minderheit organisiert und angeführt der schweren Krise doch noch einen Streik führen zu wollen, wäre eine kopflose Verantwortungslosigkeit, der nur die KPD. allein fähig ist.

Die KPD. ist aber so sehr verstrickt in ihrem eigenen Lügenweb, daß sie nicht einmal mitzuteilen mag, daß die Fortsetzung des Streiks nicht mehr die statutarisch erforderliche Dreiviertelmehrheit der organisierten Streikenden für sich hat, daß also der Streik abgebrochen werden muß.

Wir begnügen uns für heute mit diesen Feststellungen. Die verkognen, durch keine Zeile unterfützte Angriffe auf den „Vorwärts“ können wir übergehen. Der „Vorwärts“ tritt überall rückhaltlos für die Sache der Arbeiter ein und hat es auch in diesem Falle getan. Wir werden es aber nicht dulden, daß die KPD. versucht, die Arbeiter in eine Niederlage hineinzutreiben, indem sie sich an die Stelle der Gewerkschaft setzt. Dazu fehlt ihr alles, vor allem aber jede Fähigkeit, Wirtschaftskämpfe zu führen. Das ist allein Sache der Gewerkschaften.

Zur Tagung der Bergarbeiterinternationale.

Kommunistische und Scharfmacherpresse Hand in Hand.

Bochum, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband teilt mit: Ueber die Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Ostende haben kommu-

nistische und bürgerliche Zeitungen Meldungen verbreitet, die in jeder Beziehung irreführend und erdichtet sind. So bringt das kommunistische „Ruhr-Echo“ als eigene Meldung aus Ostende die gleiche, in jedem Punkte unzutreffende Mitteilung, die die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ aus Ostende erhalten haben will. Diese Übereinstimmung der Berichterstattung in kommunistischen und Unternehmerorganen ist ebenso auffallend wie ihr Inhalt falsch ist. Der Sekretär des britischen Bergarbeiterverbandes Coof, der angeblich in leidenschaftlichen Worten an die Delegierten appelliert haben soll, alles daranzusetzen, um einen internationalen Solidaritätsstreik durchzuführen, hat in der Ostender Sitzung lediglich einen durchsachlichen Bericht über die Kampflage in Großbritannien und den Gang der Verhandlungen mit der englischen Regierung erstattet. Auch kann keine Rede davon sein, daß sich die Besprechungen zum Teil sehr erregt gestaltet hätten. Vielmehr vollzogen sich die Beratungen in völlig würdiger und kameradschaftlicher Form. Ebenso unrichtig ist die in den kommunistischen und bürgerlichen Falschmeldungen wiedergegebene „Erklärung der amerikanischen Delegierten“, da überhaupt kein amerikanischer Delegierter in Ostende vertreten war. Ferner hat auch kein Delegierter sich über die Ausgabe einer Generalstreikparole in dem angegebenen Sinne geäußert. Endlich ist auch falsch, daß die englischen Delegierten erklärt haben sollen, daß auf keinen Fall mehr als 15 Proz. der Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

Richtig ist vielmehr, daß die englische Delegation eine ähnliche Darstellung der britischen Unternehmerpresse als übertrieben und tendenziös bezeichneten. Weitere Mitteilungen der kommunistischen Presse über die Haltung der deutschen Bergarbeiterdelegation in Ostende sind genau so erfunden. Der angebliche Hinweis zur Begründung des deutschen Standpunktes auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften und auf die Lage des Saargebietes ist nie erfolgt, wobei auch besonders unerfindlich ist, welche Bedeutung ausgerechnet die Lage im Saargebiet in diesem Zusammenhang haben soll. Die „Rote Fahne“ geht noch weiter und behauptet, die deutschen Bergarbeiter hätten die Reparationskohlenverpflichtung als „Ausrede“ benutzt. Wie jedermann bekannt sein könnte, hat Deutschland zu keinem Zeitpunkt auch nur ein Gramm Reparationskohle nach England geliefert. Die deutsche Delegation ist in keinem Punkte von den Instruktionen abgewichen, die sie von der Düsseldorf Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes einstimmig erhalten hat. Damit dürften sich die durchsichtigen und deutlich übereinstimmenden Kombinationen der kommunistischen und Unternehmerpresse erledigen.

Das Unrecht an der „Margarete“.

Eine Provokation des Syndikats.

Dortmund, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wucht der Abwehrmaßnahmen der Abgeordneten des hiesigen Bezirks, der Belegschaften, der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung gegen die Stilllegung der Zeche „Margarete“ hat auf die maßgebenden Regierungsstellen und gesellschaftlichen Körperschaften ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Bevölkerung erwartet von den Abgeordneten und Regierungen jetzt wirksame Maßnahmen gegen die Konzernbestrebungen, die bei „Margarete“ nichts weiter als ein Terror gegen die ganze Bevölkerung bedeuten. Wenn sie zuvor, so ist in der Angelegenheit der Zeche „Margarete“ ein gesetzlicher Eingriff eine absolute Notwendigkeit, der sich wahrscheinlich nicht nur gegen die Auswüchse der Konzerne zu richten haben wird. Vielmehr rechnet man in parlamentarischen Kreisen auch mit einem gesetzlichen Eingriff in die Syndikatspolitik. Trotz dem Schrei der ganzen Welt nach Kohlen erklärte der Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats, Dr. Kappenberg, in der Sitzung am 2. Oktober bei dem Oberbergamt in Dortmund allen Ernstes, daß das Syndikat nicht in der Lage sei, mehr als 270.000 Tonnen Kohle jährliche Förderung der Zeche „Margarete“ abzunehmen. Das ist das Quantum, welches das Syndikat der Zeche „Margarete“ in der allerhöchsten Zeit des Abnahmangels im Jahre 1925 abgenommen hat.

Gegenwärtig und bis auf weiteres ist die Nachfrage nach Kohlen so groß, daß den Zechen alle Kohlen abgenommen werden, die sie dem Syndikat zur Verfügung stellen können. Die Erklärung des Syndikatsvertreters wurde auch von den Abgeordneten, den Betriebsvertretern, den Gemeinde- und Amtsvorstehern als eine bewußte Provokation aufgefaßt, da seine Er-

kärung nur zu dem einen Zweck erfolgen konnte, den Wüchsmahnahmen des Stumm-Kongressen Vorspanndienste zu leisten und trotz größter Nachfrage nach Kohle die Zeche „Margarete“ abbrechen zu helfen. Mögen die Bevölkerung und die Wirtschaft nach so sehr nach Kohle schreien, mögen die übrigen Syndikatszechen weit über ihre Beteiligungsziffer je nach Leistung fördern, der Zeche „Margarete“ nimmt das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat nur 270.000 Tonnen jährlicher Förderung ab, obwohl es bei voller Förderung — wie kurzzeitig — verpflichtet ist, 350.000 Tonnen und darüber hinaus der Zeche abzunehmen. Diese Syndikatspolitik darf von der deutschen Belegschaft unter keinen Umständen geduldet werden.

Einigung im Ruhrbergbau.

Für die technischen Angestellten.

Essen, 5. Oktober. (Rth.) Gestern fanden unter dem Vorsitz des vorläufigen Schlichters für den Bezirk Westfalen, Oberlandesgerichtsrat Jötten-Köln, Einigungsverhandlungen in dem Gehalts- und Arbeitszeitstreit der technischen Angestellten im Ruhrbergbau statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam schließlich eine Einigung zustande, wonach das von den Angestelltengewerkschaften geforderte Gehaltsabkommen weiter in Kraft bleibt mit der Abänderung, daß alle Angestellten ab 1. Oktober eine Sonderzulage von monatlich 4 Proz. der Tarifgehälter bekommen. Außerdem sind die Anfangsgehälter einiger unterer Gruppen sowie die Vergütungen für Lehrlinge um einige Mark erhöht worden. Das gleichzeitig gefündigte Mehrarbeitsabkommen bleibt gleichfalls weiter in Kraft.

Einheitsverband der Polizeibeamten Preußens.

Der Bund der Verwaltungspolizeibeamten Preußens, in welchem die Verbände der höheren Verwaltungspolizeibeamten Preußens, der staatlichen oberen Verwaltungspolizeibeamten Preußens, der Polizeisekretäre und Obersekretäre Preußens, der technischen Verwaltungspolizeibeamten Preußens, der Verwaltungssekretäre und Anwärter der Polizei Groß-Berlins, der unteren Verwaltungspolizeibeamten Preußens und der Sammelverband im Bunde der Verwaltungspolizeibeamten Preußens vereinigt sind, hat auf seinem 2. ordentlichen Bundestag seine Auflösung zwecks Vereinigung mit dem Verbande Preussischer Polizeibeamten e. V. beschlossen, die mit dem 1. Januar 1927 erfolgt. Von diesem Zeitpunkt an sind sämtliche preussischen Verwaltungspolizeibeamten Einzelmitglieder im Verbande Preussischer Polizeibeamten e. V. In den Verbandsvorstand wurden Polizeirat Höhn-Ragdeburg und Landtagsabgeordneter Rave gewählt. Ein weiterer Vertreter bleibt den unteren Verwaltungspolizeibeamten vorbehalten.

Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn.

Die Ziffern über die Beamtenrätewahlen bei der Deutschen Reichsbahn liegen im Augenblick noch nicht vollständig vor. Nach den bisherigen Teilergebnissen zählt der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands rund 56000 Stimmen, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 61000, die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer 38000 und der Zentralgewerkschaftsbund deutscher Reichsbahnbeamten 71000. Ein vorläufig abschließendes Bild werden erst die letzten bis Dienstag abend erwarteten Zahlen ermöglichen.

Die Gewerkschaften Amerikas zur Fünftagewoche.

Washington, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Dem amerikanischen Gewerkschaftskongress, der am Montag in Detroit zusammengetreten ist, liegt eine von der Exekutive der amerikanischen Arbeiterföderation eingebrachte Resolution vor, in welcher die Annahme der Forderung einer fünfjährigen Arbeitswoche mit einer 40stündigen Arbeitszeit wöchentlich als ein neuer Hauptpunkt des offiziellen amerikanischen Gewerkschaftsprogramms empfohlen wird. Falls diese Resolution vom Kongress angenommen wird, dürfte diese Politik der fünfjährigen Arbeitswoche in Zukunft allen der Arbeiterföderation angeschlossenen Verbänden als Grundlage bei ihren Verhandlungen mit den Unternehmern zu dienen haben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Seger; Wirtschaft: Arthur Schramm; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schimowitz; Sozialen und Sozialen: Felix Rappelt; Anzeigen: Th. Glode; Schriftlich in Berlin: Berlin; Bornhörs-Gesellschaft m. b. H. Berlin; Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Herzleiden

Von F. Kozl., Leiter des künstlichen Sonnenbades „Mitt“.

Im vorigen Jahre veröffentlichte ich an dieser Stelle einen Artikel „Das Herz“, der allgemeine Beachtung fand, in welchem ich zeigte, daß die gründliche Heilung schwerer und selbst angeblicher Herzleiden noch durch Diathermie und elektrische Herzbehandlung (Dilatation) zu erreichen sei. Seitdem habe ich die Nützlichkeit meiner Behauptung an vielen Hunderten von Kranken bewiesen können, und selbst solche, die jedes Jahr zur Einberung Dreizeh-

über aufsuchen mußten, wurden in meiner Anstalt in vier Wochen vollständig geheilt. Daß solche Heilungen von Dauer sein können, habe ich an Patienten festgestellt können, die vor 3 bis 4 Jahren hier geheilt wurden. Besonders wirksam ist die Diathermie bei Veramuskulierung und Herzerweiterung, wobei mit der Anheilung des Herzmuskels auch die Vergrößerung zurückgeht, bei Herzerweiterung, Herzklappenfehler, Erhöhung des Blutdruckes, Erkrankung des Herznetzes (Herzneuritis), chronischer Herzentzündung und vielen andern. Bei Erkrankungen der Gefäße, übermäßigem Herzkopfen, von dem Herzen ausstrahlenden Schmerzen kommt besonders die Herzbehandlung nach Prof. Rumpf (Dilatationstherapie) zur Geltung. Ein großer Vorteil bei diesen beiden Heil-

methoden ist der, daß ich die Patienten nicht auf Wochen oder Monate in entfernte Klause, sondern die Behandlung tritt meist schon nach der 1. bis 3. Behandlung ein und die Heilung in der Regel innerhalb vier Wochen. Bei der Wichtigkeit eines solchen Ereignisses wie das Herz ist es selbst, bei Schmerzen in der Herzgegend, Herzklappen, Schwindelanfällen u. dgl. nicht lange zu warten, sondern sofort zum Arzt zu gehen und das Herz untersuchen zu lassen, besonders mit Hilfe der vollständig ungefährlichen Röntgenuntersuchung, mittels deren der Arzt ganz genau das Herz beobachten kann (Größe, Lage, Tätigkeit usw.). Wer früher bereits am Herzen litt oder über 40 Jahre alt ist oder früher Gelenkrheumatismus hatte, sollte diese Untersuchungen mindestens jedes Jahr einmal machen

lassen, um beginnende Herzdefekte sofort behandeln lassen zu können. Im Sonnenbade „Mitt“ ist Gelegenheit zu solchen Untersuchungen durch einen Facharzt verfügbar 10-1 und 4-7, Sonnabends 10-4 Uhr. Für Wintersemester Diensttags und Freitags von 6-7½ Uhr zur Hälfte des an und für sich schon mäßigen Preises. Auskunft über Preise und Behandlung im Sonnenbade „Mitt“ kostenlos (Wohnungszeit 10-1 und 4-7½, Sonnabends 10-4). Ich bitte aber, daß die Berliner dazu persönlich hierher kommen oder telefonisch (Dönhoff 4438 anfragen, da ich mit schriftlichen Arbeiten überhäuft bin. Wer selbst hierher kommt, beachte genau, daß das Sonnenbade „Mitt“ sich nur Belle-Alliance-Platz 6a befindet und keine Zweiganstalten hat.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, 9-7 Uhr

Ständ. Lager von ca. **1000 Teppichen** Wegen Umbau große Preisermäßigung. **ca. 40% ermäßigt.** Brücken, Vorlägen, Läuferstoffen, erstklassig. Fabrikate zu billigen Engroslistenpreisen. Viele Gelegenheitskäufe darunter große elegante Herren- und Speisezimmer-Exemplare. Nachstehend einige Beispiele der billigen Preise:

170 x 240	200 x 300	230 x 330	250 x 350	300 x 400	Brücken
14.-	19.-	32.-	36.-	42.-	90 x 180
21.-	38.-	81.-	42.-	59.-	0,50, 12,50,
32.- usw.	65.- usw.	95.- usw.	68.- usw.	145.- usw.	21.-, 24.- usw.

Größtes Teppichlager. Seit 30 Jahren in Berlin-Schöneberg, nur Hauptstr. 5. Bitte Hausnummer zu beachten.

BILLIGE HERBST-MESSE-ANGEBOTE!

- | | | | | | | | |
|---|------------------|--|-----------------|--|----|--|-----------------|
| Damen-Kleider aus gutem Popeline in modernen Herbstfarben . . . | 10 ⁷⁵ | Pullover - Stoffe entzückende Nonheilen in den apartesten Farben . . . | 1 ²⁵ | Halbstores 110x170 aus gutem karierten Etamine mit breitem Einsatz . . . | 95 | Kinder - Trikots 60-80 cm | 95 |
| Damen-Kleider Jumper aus Pullover-Stoffen, Rock aus glattem Stoff | 14 ⁹⁵ | Popeline reine Wolle, doppeltbreit, in neuen Herbstfarben . . . | 1 ⁹⁵ | Etamine 150 cm breit, gute Qualität, moderne Karomuster . . . | 85 | Herren-Beinkleider Trikot mit Pelfutter . . . | 2 ⁹⁵ |
| Damen-Mäntel aus halbarem F auch, in modernen Farben . . . | 10 ⁹⁵ | Damen-Hemden aus elegantem Roufocé, elegant verarbeitet . . . | 95 | Damen-Strümpfe schwarz und farbig, Baumwolle, gut verstärkt . . . | 35 | Oberhemden Perkal, gefüttert, Brust, 1 weicher, 1 weicher Kragen . . . | 4 ²⁵ |
| Damen-Mäntel aus vorzüglichen Plansch mit Pelzgarment . . . | 19 ⁷⁵ | Hemdentuche 80 cm breit, gute feinfädige Qualität . . . | 42 | Damen-Strümpfe schwarz und farbig, Kunstseide mit Naht . . . | 95 | Sammethut jugendliche Form in modernen Farben . . . | 2 ⁹⁵ |
| Damje-Schotten sehr gute, brauchbar, Qualität in neuen Stellungen, Mir. | 95 | Mako-Batist 80 cm br., seidene weiche Qualität . . . | 88 | Herren-Socken Baumwolle, gut verstärkt, feinfarbig . . . | 35 | Frauenhut breite Form aus Samt, sehr elegant . . . | 3 ⁹⁵ |

Wilk. Kerm. **Sesser, Schöneberg** Kolonnenstr. 10/11 Ecke Sedanstr. Das Haus der guten und billigen Qualitäten

Schlüpfen
Baumwolle 75 Pf.
in allen Pastellfarben
Kunstseide 2⁹⁵
mit angerautem Futter